

Stettiner Zeitung.

Preis im Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

N. 74.

Morgenblatt. Mittwoch, den 14. Februar.

1866.

Deutschland.

Berlin, 12. Februar. In Folge der Berichte über die durch die Kinderpest veranlaßten Schäden werden in landwirtschaftlichen Kreisen die Stimmen immer zahlreicher, welche Verstärkung der Schuhmaßregeln und Ausdehnung des Versicherungszwanges befürworten. So ist von dem landwirtschaftlichen Central-Verein der Provinz Sachsen an das Ministerium der landwirtschaftlichen Angelegenheiten das Gesuch gerichtet worden, „Fürsorge zu treffen, daß diejenigen Schuhmaßregeln, die in den Grenzdörfern anderer Provinzen sich gegen die Verbreitung der Kinderpest bewährt haben, desgleichen die Maßregeln für die Entschädigung der betroffenen Viehherrn, erforderlichen Falles auch in den übrigen Provinzen ohne Verzug zur Ausführung gebracht werden können.“

Auf den Antrag der Direktion der rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft hatte die geschäftsführende Direktion des deutschen Eisenbahn-Bereins im vorigen Sommer eine aus Abgeordneten deutscher Eisenbahn-Verwaltungen bestehende Kommission berufen, welche Anträge auf Abänderungen der Zolleinrichtungen und Zollvorschriften, so weit sie durch die Natur des Eisenbahn-Verkehrs bedingt sind, berathen und geeigneten Orts zur Geltung bringen sollte. Diese Anträge werden der demnächst zusammenretenden Zollvereins-Konferenz vorgelegt. Als Organ der Wünsche wird, in Gemäßigkeit der Zollvereins-Verfassung die preußische Staatsregierung ersucht werden, sich für den Gegenstand zu interessieren und bei den verbündeten Regierungen zu bewirken, daß baldigst eine anderweitige Feststellung der Bestimmung über die zollamtliche Behandlung des Güter- und Effekten-Transports auf den Eisenbahnen unter thunlichster Berücksichtigung der Wünsche der Eisenbahn-Verwaltungen beliebt und es angemessen gefunden werde, zu dem Ende eine vorgängige Berathung des Gegenstandes zwischen Kommissaren der Zollverwaltung und Eisenbahn-Fachmännern statt finden zu lassen. Die für den Eisenbahn-Verkehr erforderlichen, in den österreichischen Staaten ohnehin schon geltenden Zollerleichterungen sollen jedoch, nach dem Wunsche der Eisenbahn-Verwaltungen, nur im Wege der Gesetzgebung herbeigeführt werden.

Seit dem 5. d. Ms. ist die militärische Besetzung der preußischen Grenze gegen Holland, zum Schutze gegen die Einschleppung der Kinderpest, auch im Regierungsbezirk Düsseldorf auf dem ganzen linken Rheinufer erfolgt.

Königsberg, 9. Februar. Sad's Schulblatt für die Volkschullehrer der Provinz theilt in seiner heute erschienenen Nummer mit, „daß unser kommissarischer Oberbürgermeister Hr. v. Ernsthausen in den letzten Wochen, ohne sich vorher anzumelden, sämtliche Volkschulen Königsbergs besucht hat. Sorgfältig sah er sich die Unterrichtssäle, die Unterrichtsapparate und selbst die Lehrerwohnungen an. Er soll von dem, was er gefunden, wenig erbaut gewesen sein. Trotz mehrerer Nachfragen haben wir nicht erfahren können, daß er auch nur über eine einzige Schule Königsbergs seine Zufriedenheit geäußert hätte. Die meisten Lehrer waren nicht wenig erstaunt über die vielen Fragen, welche der Herr v. Ernsthausen an sie richtete und welche eine große Vertrautheit mit der Sache befundenen. „Das geht so länger nicht! Das muß besser werden!“ soll er in vielen Schulen gesagt haben.

Wien, 9. Februar. Jüngst glaubte ich melden zu sollen, daß das russische Kabinett sich nicht veranlaßt finden dürfte, den Baron Meyendorff in Rom zu belassen. Nun aber vernehme ich von beachtenswerther Seite, daß Fürst Gortschakow, wie es heißt, in Folge des offiziellen Berichtes des Baron Meyendorff, seine Ansicht geändert habe und nicht mehr geneigt sei, denselben aus Rom abzuberufen. Nur solle, um die diplomatische Verbindung zwischen Russland und dem heiligen Stuhle möglichst zu lösen, der Vertreter Russlands in Rom nicht länger als Geschäftsträger (*chargé d'affaires*), sondern als diplomatischer Agent (*charge des affaires*) figuriert, also eine ähnliche Stellung in Rom einnehmen, wie John Odo Russell. Bestätigt sich dies, so mag es wohl als weiterer Beweis dafür angesehen werden, daß die bekannte Scene vorbereitet war, daß Baron Meyendorff dabei eine ihm aufgetragene Rolle zu spielen hatte, um der russischen Regierung dem heiligen Stuhle gegenüber freie Hand für ihre die katholische Geistlichkeit und die katholische Religion betreffenden Bemühungen in Polen zu verschaffen. — Die Anzeichen häufen sich, daß in den Donau-Fürstenthümern die Krise herannah. Das englische und sogar das russische Kabinett sollen ihre konsularischen Vertreter in Bucharest auf das bestimmteste angewiesen haben, daß die Konvention von 1856 strikt aufrecht erhalten werde und Fürst Kosa sich innerhalb der Grenzen derselben halte; der preußische Vertreter soll in dem gleichen Sinne instruiert worden sein. Die Pforte kann eine solche Haltung der Mächte nur gutheißen und was Österreich anbelangt, so hat es in Rumänien keine anderen Interessen zu vertreten als die Pforte. Nur Frankreich verharzt noch in seiner Reserve.

Ausland.

Brüssel, 11. Februar. Gestern Abend ist hier ein durch den Großen Orient von Belgien veranstaltetes großartiges Maurer-Gedenkfest zu Ehren des verstorbenen Bruders Leopold I. gefeiert worden. Mehr als achtundhundert Brüder, unter denen sich Vertreter nicht nur sämtlicher belgischer Logen, sondern beinahe aller maurerischen Autoritäten Europa's befanden, hatten sich an der Trauerfeier, bei welcher der intermissionistische Großmeister von Belgien, Hr. Senator Van Schoon, den Vorsitz führte, beteiligt. Die Gedenkrede auf König Leopold hielt der Abgeordnete Defré als Redner des Großen Orient. Die Ausschmückung des Tempels war prächtig, die vom Kapellmeister Bruder Hansens für diese Gelegenheit komponierte Cantate sehr gelungen und die ganze Feier war des kö-

niglichen Maurers, den sie zu ehren bestimmt war, vollkommen würdig.

Morgen wird die so eben hier eingetroffene Botschaft, an deren Spitze der Großkümmener Viscount Sidney steht, König Leopold II. unter glänzenden Ceremonien als Ritter des Hosenband-Ordens einkleiden.

Paris, 11. Februar. Zweihundert päpstliche Freiwillige haben sich wieder in Marseille eingeschifft. — Der Appellationshof von Orleans hat den Präsidenten des Civil-Tribunals von Loches, der seinen Freund, den Baron von Tremond, aus Versehen auf der Jagd erschoss, zu 600 Franken Geldstrafe verurtheilt. — Gestern war großer Mastenball bei Herrn Drouyn de Lhuys. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten demselben an, demaskirten sich aber nicht. Heute durchzogen zum ersten Mal die fetten Ochsen die Straßen von Paris. Sonst merkt man vom Karneval nichts. Überhaupt sind die Pariser nicht heiterer Laune. Die Stimmung ist eine sehr gedrückte.

London, 12. Februar. Der Londoner Verein zur Abschaffung der Todesstrafe, der so eben seinen Jahresbericht veröffentlicht hat, spricht sich über die Früchte seines Wirkens sehr hoffnungsvoll aus. Er glaubt, daß seine Sache durch die allgemeinen Parlamentswahlen neue, einflussreiche Anhänger gewonnen habe, und großes Gewicht legt er auf die Fortschritte, welche in dieser Beziehung auf dem Kontinente gemacht worden sind. Er zählt die Siege seines Prinzips in folgender Weise auf: Ganz aufgehoben hat die Anwendung der Todesstrafe in Toscana, Portugal, Oldenburg, Anhalt, Nassau, Moldau-Wallachia, Bremen, Venezuela, in den schweizerischen Kantonen Freiburg und Neuenburg und in gewissen der vereinigten Staaten, wie Wisconsin, Rhode-Island und Michigan, während sie äußerst selten in Württemberg, Bayern, Baden, Maine, Braunschweig und in den Kantonen Zürich und Glarus vorkommt. Belgien ist jüngst zu seinem früheren Systeme thatförmlicher Aufhebung der Todesstrafe zurückgekehrt. In Russland ist die Todesstrafe für Mord und nicht politische Verbrechen längst und seit neuerer Zeit auch die Knutzenstrafe abgeschafft. In Portugal hat seit 19 Jahren, in Michigan seit 20, in den Kantonen Freiburg und Neuenburg seit 34 und in Toscana seit 35 Jahren keine Hinrichtung mehr statt gefunden.

Italien. (Rörl. Itg.) Die Depesche, welche Lamarmora nach Madrid über die Altersstufe des rothen Buches geschildert hat, gilt weniger der spanischen Regierung, deren allerklächlichste Inkonsistenz in Italien Gefüllt ließen könnte, erweckt hat, als der französischen, welche von der spanischen Diplomatie in Schlafrack und Pantoffeln in ihrem vollen Glanze dargestellt wird. Drouyn de Lhuys hat nicht wohlgethan, in den Unterredungen mit dem spanischen Gesandten so offen sich in Widerspruch mit der Politik, wenigstens der ostensiblen Politik des Kaisers, zu verwickeln. Wenigstens meldet Mon seiner Regierung folgende Thatsachen: „1) Drouyn de Lhuys habe eingewilligt, mit Spanien und Österreich zu versuchen, ob sich nicht im September-Vertrage „Verbesserungen“ anbringen ließen; 2) der Kaiser Napoleon verstehe den Vertrag so, daß die päpstliche Armee den Charakter eines französischen Korps annehmen und von französischen Offizieren kommandiert werden solle; Drouyn de Lhuys sei nicht nur der italienischen Freiheit wenig zugethan, sondern, dem September-Vertrage zum Trotz, jetzt erst recht noch dem Zürcher Vertrage zugethan.“ Die Italiens sagt, die französische Regierung werde diese Angaben demontieren; wir müssen jedoch bekennen, daß wir Drouyn de Lhuys nie anders beurtheilt haben, als er sich Mon gegenüber aussprach. Was der spanischen Regierung, laut der Italiens, aber besonders übel genommen wird und Lamarmora zu Beschwerden Anlaß gab, ist der Unstand, daß die spanische Regierung am Tage nach der „Anerkennung Italiens ohne Beschränkung und Vorbehalt“ schon einen neuen diplomatischen Kreuzzug gegen Italien in den Kabinetten durch ihre Gesandten predigen und den Plan betreiben ließ, den Kirchenstaat zu einem Eigentum der Katholiken des ganzen Erdreiches zu kreieren und von diesen gegen die Italiener und gegen die Römer selbst zu vertheidigen. Bermudez de Castro instruiert in der Depesche vom 14. Oktober 1865 den spanischen Gesandten Mon in diesem Sinne, und derselbe soll „die förmliche Bestätigung der französischen Regierung darüber verlangen, daß Frankreich eine feierliche Verpflichtung gegenüber den katholischen Mächten übernommen habe, die weltliche Papstgewalt und die Coexistenz zweier Monarchien in Italien aufrecht zu erhalten.“ Mon theilt am 17. Oktober 1865, also 3 Tage nach obigem Auftrage, seiner Regierung mit, „der Kaiser werde sich die ausschließliche Leitung seiner Politik in Bezug auf Rom nicht fernher reserviren, sondern sich mit Spanien in Einvernehmen setzen, um die weltliche Macht des Papstes zu retten, so weit dies möglich sei.“ Bermudez de Castro gibt dann in einer Depesche vom 5. November die Erklärung, „er betrachte die französische Regierung als ob sie gegen Spanien die förmliche Verpflichtung übernommen habe, sie werde Rom niemals von Italien absorbiren lassen, selbst dann nicht, wenn das römische Volk es wolle; das Verschwinden der römischen Monarchie, deren Coexistenz mit der italienischen die September-Konvention zusichere, würde die Verpflichtungen der Konvention vernichten, die Einführung Roms in Italien werde aus der römischen Frage eine der Kompetenz der ganzen katholischen Welt unterworfenen Frage des europäischen Gleichgewichts machen“. Lamarmora's Depesche über diese Vorgänge ist, laut der „Italiens“, in sehr nachdrücklichem Tone gehalten. Man ist gespannt darauf, wie Drouyn de Lhuys sich aus den spanischen Indiskretionen herauswickeln wird. Bis jetzt hat er geschwiegen und so indirekt zugestanden, daß die italienische Politik des Kaisers Napoleon eine durch und durch zweideutige, doppelzüngige und in Betreff Italiens um kein Haar besser als die der Königin Isabella II. sei.

Die Turiner Zeitung veröffentlicht einen Erlaß der italienischen Regierung, worin den Schiffen unter österreichischer Flagge nicht bloß die Ausübung der Küstenschiffahrt, sondern auch die Fischerei an allen italienischen Küsten gestattet wird.

Spanien. Der spanische Finanz-Minister ist sehr naiv; er hat im Senate erklärt, die spanische Finanzlage sei besser als man glaube: die Passiva betrage bloß 1400 Mill. Realen, die Activa aber 4700 Mill. in Billets und Nationalgütern.

Aus Athen wird telegraphisch gemeldet, daß das alte Ministerium abgetreten ist und Rufos ein neues gebildet hat. Auch in Bukarest ist Ministerkrise, da der Senat das Vorgehen der Regierung mit Dezimalmaß- und Gewicht-Dekreten als verfassungswidrig bezeichnet hat.

Copenhagen, 10. Februar. Heute nahm das Reichsraths-Folgeting das Marine-Budget vor. Das Ministerium hält trotz einzelner Ersparnisse, im Ganzen die Bewilligungssummen für die ehemalige Gesamtkönigreiche fest, wenn man überhaupt eine im Kriege wirklich nützliche Marine haben wolle. Die Anschaffung von zeitgemäßem Material sei nothwendig und unaufziehbar, kein Zeitraum des Friedens dürfe unthätig und sorglos in dieser Beziehung verstreichen. Ein Panzerschiff mit zwei Schrauben, 2—300 Pfundigen Kanonen von je 24,000 Pfund Gewicht wird gegenwärtig gebaut und kostet 890,000 Thlr., ein anderes noch schwereres wird bald in Angriff genommen werden. Die Hauptausgaben für die Marine sind fürs nächste Jahr auf circa 1½ Mill. Thlr. veranschlagt.

Von der polnischen Grenze, 7. Februar, wird der „Allg. Itg.“ geschrieben: „Als ein neuer Fortschritt in dem Russifizierungsprozeß ist die Verordnung anzusehen, daß in keine höhere Unterrichts-Anstalt in Polen, mit Einschluß der Progymnasien, ein Schüler aufgenommen werden darf, der nicht russisch schreiben und lesen kann. Überall werden jetzt beide Sprachen als gleichberechtigt angesehen.“

Türkei. Vor kurzem hat im großherzlichen Palast zu Konstantinopel ein Auftakt statt gefunden, der in den hiesigen Kreisen lebhaft besprochen wird. In der ersten Woche des Ramazan nämlich muß der Sultan eine Reihe von Vorträgen aus dem Koran und über denselben hören, die ihm ein ausgewählter Kreis von Mullahs hält. Dieselben benutzen diesen Anlaß gewöhnlich, um dem Herrscher der Gläubigen im Interesse des Glaubens Lektionen zu erteilen, die sich selbst der Scheik-ul-Islam unter anderen Umständen nicht erlauben würde. Diesmal traf die Reihe auch einen achtzigjährigen Hadscha, den sein orthodoxer Eifer antrieb, dem Großherren tüchtig den Text zu lesen. Namentlich hatte er es auf die den Ungläubigen entlehnten Neuerungen abgesehen, z. B. den Bau von Straßen, Eisenbahnen, Telegraphen, Panzer-Fregatten u. dgl.; er suchte seinem erlauchten Zuhörer begreiflich zu machen, daß die Türkei auch ohne diese teuflischen Erfindungen sehr wohl bestehen könne, und daß es am besten sein würde, wenn der Nachfolger des Propheten sich jener Rathgeber entledigte, die ihn dazu verleiteten, das Reich durch so verderbliche Erfindungen zu ruinieren. Der Sultan hörte den Prediger ein paar Stunden gebuldig an und entließ ihn dann in der üblichen Weise. Weitere Folgen hat diese Episode bisher nicht gehabt.

Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 13. Februar. (Haus der Abgeordneten.) 9. Sitzung. Vormittags 10 Uhr. Präsident: Grabow.

Am Ministerth: Bei Eröffnung der Sitzung Graf Ippenpilz, v. Mühlner und Reg.-Komm. Geh. Rath Werner.

Die Tribünen sind zahlreich besetzt, die Logen leer.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 45 Minuten mit geschäftlichen Mitteilungen. Urlaubsgefaße und Dispensationen wurden bewilligt, darunter dasjenige des Abg. v. Binde (Olbendorf) für die Dauer der Session. Der Präsident theilt mit, daß sehr zahlreiche anonyme Schreiben an das Haus in neuerer Zeit eingegangen sind, darunter auch eins vom „Eisernen Rudolph“. Er werde dieselben nicht zur Kenntnis des Hauses bringen, sondern sie der Registratur überweisen. Ebenso werde er in Zukunft die dem Hause zugehenden Unterstützungs-Gesuche stets ablehnen mit der Hinweisung darauf, daß das Haus nicht im Besitz eines Unterstützungs-fonds sei. Es sind wiederum 3 Zustimmungsadressen zu dem Beschuß des Hauses gegenüber dem Obertribunalsbeschuß eingegangen. — Der Handelsminister Graf Ippenpilz überreicht einen Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Paragraphen 181, 182 und 183 der Gewerbe-Ordnung, so wie einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Zugangsgeldes. Beide Gesetzentwürfe werden einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Der Abg. v. Niebelshüüs erklärt in seinem Namen und im Namen der Abg. Graf Wartensleben, Graf Pfeil und v. Walow, daß sie in der vorigen Sitzung gegen den Antrag des Referenten gestimmt haben würden. — Es folgt die Berathung des Antrages des Abg. v. Forstenbeck betreffend die Aussetzung des Strafverfahrens gegen den Abg. Dunder, der Referent Abg. Ahmann empfiehlt dem Antrage Folge zu geben. Graf Eulenburg erklärt im Namen der konserватiven Fraktion, daß dieselbe gegen den Antrag stimmen werde, und zwar nicht aus Parteiinteresse oder Antimotiv, sondern weil, da der Termin hier am Orte stattfinde, kein Grund zu einem solchen Antrage vorliege. Der Antrag des Referenten wird hierauf angenommen. Es folgt die Schlussberathung über den Antrag des Abg. Jung, betreffend die Moralitätszeugnisse für die einjährige Freiwilligen. Abg. Stavenhagen als Referent beantragt, zu beschließen: das am 11. Juni 1865 erlassene Gesetz der Minister des Krieges und des Innern, wonach den öbern Provinzialbehörden das Recht eingeräumt wird, solchen Militärpflichtigen,

